

GR. Mag. Gerhard SPATH
(vorgetragen durch GR. Mag. Schönberger)

03.07.2008

A N F R A G E

Betr.: Neue Mittelschule: Lehrer - Anstellungen

Seit einem halben Jahr ist es fixiert, fast alle Grazer Hauptschulen beteiligen sich am Schulversuch „Neue Mittelschule“.

Dies bedeutet unter anderem auch, dass 2 Lehrpersonen, eine Hauptschullehrkraft und eine AHS-Lehrkraft gemeinsam eine Klasse unterrichten. Für diesen Schulversuch werden zusätzlich 12 Lehrerstunden, 6 vom Bund und 6 vom Land zur Verfügung gestellt. Daraus lässt sich ein Bedarf an AHS-Lehrpersonen ableiten. 150 Pädagoginnen und Pädagogen bewarben sich um 28 Planstellen in der neuen Mittelschule.

Der Landesschulrat, besser gesagt, der Präsident des steirischen Landesschulrates erklärte die Anstellung der AHS-LehrerInnen zur Chefsache und setzte ein Team, bestehend aus dem Präsidenten des LSR, seiner Büroleiterin, dem Leiter der Abteilung P3 und dem LSI für die Pflichtschulen, ein, um ein Auswahlverfahren abzuhandeln.

Kriterien, wie Affinität zum Modellplan, hohe soziale Kompetenz, Reflexions- und Diskursfähigkeit, reformpädagogische Zusatzausbildungen, Bereitschaft zur Arbeit in Integrationsklassen, oder Umgang mit Kindern nicht deutscher Muttersprache waren Kriterien, die die Bewerber erfüllen mussten. Diese Kriterien erfüllten viele der BewerberInnen, vor allem auch jene KollegInnen, die bereits im Schuldienst stehen und sich beworben haben.

Das „ExpertInnenteam“ setzte sich allerdings über dienstrechtliche Vorschriften, wie den Sicherstellungserlass 2008/09 des BMUKK hinweg, der besagt, **„Im Dienst stehende BewerberInnen mit Versetzungswunsch haben Vorrang gegenüber NeubewerberInnen“** und stellt ausschließlich PädagogInnen an, die noch nicht im Schuldienst stehen. Weiters war beim Auswahlverfahren die Personalabteilung des Landesschulrates, als auch die Personalvertretung ausgeschaltet, was eine Verletzung des § 9 Abs. 2 Personalvertretungsgesetz zur Folge hat.

Namens der ÖVP – Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob Du bist bereit, an den Landesschulratspräsidenten heranzutreten und eine Überprüfung des Auswahlverfahrens zu verlangen, vor allem hinsichtlich der Nichteinhaltung der Weisung des BMUKK, die besagt, dass bei Personalbesetzungen Versetzungen vor Neuanstellungen zu erfolgen haben und hinsichtlich der rechtlich korrekten Vorgehensweise?



Betr.: Parteienförderung
Klärung der rechtlichen Fragen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 3. Juli 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie sicher den meisten KollegInnen noch in Erinnerung ist, musste in der Juni-Sitzung des Gemeinderates nach langen Debatten wegen offener rechtlicher Fragen das Gemeinderatsstück betreffend die Parteienförderung kurzfristig abgeändert werden: Nachdem Klagen und einstweilige Verfügungen im Raum standen, wurde allen Gemeinderatsparteien generell 70 Prozent der ihnen zustehenden Parteienförderung zugewilligt. Heute hätte - betreffend die restlichen jeweils 30 Prozent nach Vorliegen einer rechtlichen Beurteilung über die Machbarkeit der Nicht-Ausbezahlung dieses Anteils wegen zu verurteilender Aussagen im Wahlkampf - die Entscheidung getroffen werden sollen. Doch dieser Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juni wird heute nicht vollzogen: Die eingeforderte rechtliche Beurteilung liegt nicht vor, und damit auch nicht das für heute vorgesehene Gemeinderatsstück.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

bis wann mit dem Vorliegen dieser rechtlichen Beurteilung zu rechnen ist, damit das betreffende Gemeinderatsstück endlich einer Beschlussfassung zugeführt werden kann?



Betr.: Burg Gösting

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 3. Juli 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Burg Gösting, die im 12. Jahrhundert erbaut wurde, zählt nach Burgexperten zu den bedeutendsten in Österreich. Für Graz und für den Bezirk Gösting ist dies somit ein wertvolles Baudenkmal, das bei den Grazerinnen und Grazern auch als Erholungs- und Ausflugsziel beliebt ist.

Sie befand sich ehemals im landesfürstlichen Besitz, dann im Eigentum der Habsburger, Eggenberger und des Fürsten Attems - und der jetzige Burgherr heißt Hubert Auer.

Im Grazer Stadtgespräch von Steiermark 1 sprach der Bezirksvorsteher von Gösting, Gerald Vrchota, dass es ein Konzept seitens der Stadt gibt, um diese zurückzukaufen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Hr. Bürgermeister,

die Anfrage

wie sieht dieses Konzept zum Rückkauf der Burg Gösting aus?



Betr.: Beantwortung von Anfragen
aus der Fragestunde

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 3. Juli 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Für 8. Mai dieses Jahres habe ich mir erlaubt, für die Fragestunde an die zuständige Verkehrsreferentin Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker eine Frage nach dem längst überfälligen Verkehrskonzept für den Messebereich einzubringen. Doch in dem selben Maß, wie dieses Verkehrskonzept auf sich warten lässt, ebenso säumig ist die Frau Bürgermeister-Stellvertreterin in Hinblick auf ihre Antwort. Richtig ist zwar, dass ich aufgrund der Fülle an Fragen, die an diesem Tage vorlagen, meine Frage nicht mehr mündlich einbringen konnte. Doch laut Geschäftsordnung für den Gemeinderat heißt es im § 16a, Absatz 8, dass Anfragen, deren Behandlung im Rahmen der Fragestunde nicht möglich sind, binnen zwei Wochen durch das jeweilige Stadtsenatsmitglied schriftlich zu beantworten wären und in weiterer Folge eine Ausfertigung der schriftlichen Antwort in der nächsten ordentlichen Sitzung des Gemeinderates zur Einsicht aufzulegen sei.

Soweit die Geschäftsordnung. Doch Papier ist geduldig. Denn Tatsache ist: Seit dem 8. Mai sind acht Wochen und nicht zwei Wochen verstrichen, wir haben heute nicht die erste Sitzung nach dem 8. Mai, sondern schon die zweite – und die Antwort auf die Frage nach dem Verkehrskonzept ist ebenso überfällig wie das Verkehrskonzept als solches. Was natürlich den Verdacht nahelegt, dass Frau Verkehrsreferentin Rücker in Sachen Verkehrskonzept Messebereich nichts zu sagen hat, weil es keine entsprechenden Überlegungen gibt – aber selbst das wäre wenigstens eine Antwort gewesen. Jedoch die Rechte eines Mitgliedes des Gemeinderates derart zu missachten, empfinde ich nicht nur, weil dies eine Verletzung der Geschäftsordnung durch die Frau Bürgermeister-Stellvertreterin darstellt, für schlimm. Einem Mitglied des Gemeinderates nicht einmal eine Frage zu beantworten, spricht vor allem weder für eine besondere Wertschätzung gegenüber dem Gemeinderat, der ja immerhin laut Statut das oberste Organ dieser Stadt darstellt, noch für ein überbordendes Grundverständnis für demokratiepolitische Spielregeln. Wenn bereits jetzt vielleicht nicht ganz so angenehme Fragestellungen aus den nicht-koalitionären Reihen unbeant-

wortet bleiben, fürchte ich in Zusammenhang mit der zur Diskussion stehenden Neu-
regelung des Ablaufes von Gemeinderatssitzungen das Allerschlimmste.

In diesem Sinne stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob du bereit bist, im Rahmen deiner Koordinierungskompetenz und als Vorsitz-
Führender Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Rücker darauf hinzuweisen, dass die
Geschäftsordnung für den Gemeinderat einzuhalten ist und Anfragen, deren Be-
handlung in der Fragestunde nicht möglich sind, innerhalb von zwei Wochen schrift-
lich zu beantworten sind?



Betr.: Neue GVB-Variobahn/
Zu wenige Sitzplätze

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 3. Juli 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dass der Zuspruch zum öffentlichen Verkehr mit dessen Attraktivität steht und fällt, ist eine unbestrittene Tatsache. Und ganz wesentlich zur Attraktivität gehört –unter anderem neben günstigen Tarifen und guten Intervallen bzw. Umstiegsmöglichkeiten – natürlich auch der Komfort. Und nachdem ein oft vorgebrachtes Argument von AutofahrerInnen gegen das Umsteigen lautet, im Pkw habe man wenigstens seinen Sitzplatz, dann muss man leider festhalten, dass die neue Variobahn der GVB alles andere als zum Umsteigen animieren dürfte: Denn hier stehen nur noch ganze 37 fixe Sitzplätze zur Verfügung, um 17 weniger als in den Cityrunnern.

Und so kann ich auch die Jubel von Verkehrsreferentin Lisa Rücker, die von einer neuen Ära des schienengebundenen Verkehrs spricht, überhaupt nicht teilen: Das attraktive äußere Design einer Straßenbahn macht sich zwar auf Fotos gut – Straßenbahnen sollten aber nicht der schönen Optik wegen unterwegs sein, Straßenbahnen sind nicht zum Anschauen da, Straßenbahnen sollen zum Einsteigen, zum Mitfahren einladen. Nur 37 fixe Sitzplätze in einer neuen Straßenbahn stellen aber alles andere als eine Attraktivitäts- und Komfort-Offensive dar. Deshalb hält sich bei mir Vorfreude über diese neue Ära mehr als in Grenzen, weil – wie bereits von Frau Stadträtin Edlinger zu bedenken gegeben wurde – für SeniorInnen, für Eltern mit kleinen Kindern, für Familien noch weniger Sitzplätze zur Verfügung stehen.

In diesem Sinne stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob du bereit bist, dich sowohl im Rahmen deiner Koordinierungskompetenz als auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Graz AG dafür einzusetzen, dass die neue Variobahnen der GVB mit mehr als nur 37 fixen Sitzplätzen ausgestattet werden.

Anfrage an Bürgermeister Mag. Nagl
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 3.7.2008
von Gemeinderat Heinz Baumann

Betrifft: Pilotprojekt Drogentherapeutische Anlaufstelle

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Sind Sie bereit bezüglich des Pilotprojektes DTA ein Ersuchen in schriftlicher Form um:

1. notwendige Ergänzung des vorliegenden Konzeptes für eine DTA und
2. benötigte Mindestunterstützung zur Durchführung dieses Pilotprojektes in Graz an die zuständigen Bundesministerien für Gesundheit, Inneres und Justiz sowie an die Bundesdrogenkoordinationsstelle zu richten?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 3. Juli 2008

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Staffelung der Urlaubszeiten bei der Mediathek der Stadt Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Mediathek der Stadt Graz hat in den Sommermonaten drei Wochen geschlossen. Das erscheint jedoch insofern unverständlich, da das reichhaltige Angebot besonders in den Ferien von vielen Kindern und auch Erwachsenen genutzt wird und es diesbezüglich keine Alternativen gibt.

Aus diesem Grund stelle ich namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren und eine Staffelung der Urlaubszeiten prüfen zu lassen, um durchgehende Öffnungszeiten der Mediathek über die Sommermonate gewährleisten zu können?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 3. Juli 2008

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Essen im SchülerInnenhort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Anteil an MigrantInnen, die die städtischen SchülerInnenhorte besuchen, ist gestiegen. Mehrfach habe ich Kritik gehört, dass bei der Erstellung des Speiseplans zu wenig Rücksicht auf die Kinder genommen wird, die kein Schweinefleisch essen. Alternativen müsste es jedoch zum Beispiel auch für die geben, die gar kein Fleisch essen.

Aus diesem Grund stelle ich namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die Verantwortlichen der Zentralküche darauf aufmerksam zu machen, dass Alternativen im Speiseplan Berücksichtigung finden sollen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 3. Juli 2008

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Ausweitung des BezieherInnenkreises der SeniorInnenkarte der GVB

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Pensionistinnen und Pensionisten in Graz können nur dann eine ermäßigte SeniorInnenkarte erwerben, wenn sie das gesetzliche Pensionsantrittsalter erreicht haben. Das heißt Frauen ab 60 Jahren und Männer ab 65 Jahren sind anspruchsberechtigt, vorausgesetzt, dass sie brutto nicht mehr als 1250 Euro monatlich zur Verfügung haben.

Ausgeschlossen von dieser Maßnahme sind somit all diese Menschen, die in Frühpension sind. Sie sind deshalb gezwungen, den vollen Preis für die öffentlichen Verkehrsmittel zu zahlen. Diese Ungleichbehandlung ist nicht nachvollziehbar, da sie aufgrund ihrer Einkommenssituation die zahlreichen Belastungen voll tragen müssen. Viele leben an und unter der Armutsgrenze und sind jetzt auch von den Fahrpreiserhöhungen der GVB unmittelbar betroffen.

Solange der Sozialpass nicht umgesetzt wird, soll als vorübergehende Maßnahme der BezieherInnenkreis der SeniorInnenkarte der GVB auf alle Personen ausgeweitet werden, die einen Pensionsanspruch haben.

Namens der KPÖ-Fraktion stelle ich deshalb an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, an die verantwortlichen Stellen heranzutreten und eine Ausweitung des BezieherInnenkreises der SeniorInnenkarte prüfen zu lassen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 3. Juli 2008

Gemeinderat: Christian Sikora

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Vorfall am Grazer Hauptbahnhof vom 27. Juni 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am Freitag dem 27.06.08 ereignete sich am Grazer Hauptbahnhof ein gefährlicher Zwischenfall: Ein stark alkoholisierte 18- Jähriger hantierte mit einem entsicherten Gasdruckrevolver herum und bedrohte damit auch zwei dort arbeitende Security Mitarbeiter. Der Besitzer der Sicherheitsfirma „Security Service“ kündete daraufhin über die Medien an, auf die Vorfälle sofort zu reagieren und seine Mitarbeiter aufzurüsten.

Was er damit meinte, ist nun erschreckender Weise am Grazer Hauptbahnhof im Bereich des dortigen Sparmarktes zu sehen: Im und vorm Supermarkt laufen zwei Mitarbeiter der Security Firma herum, ausgestattet mit schwarzen Uniformen, Schlagstöcken und Schusswaffen!

Zur Information: Sicherheitsfirmen schulen ihre Mitarbeiter zwar unter anderem auf das allgemeine Anhalterrecht um bei einem Strafdelikt unmittelbar einschreiten zu können, allerdings gesetzlicher Weise nur unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, da ein allgemeines Anhalterrecht auch jedem anderen Bürger zusteht. Das kann vom höflichen Diskutieren bis hin zum Körpereinsatz reichen. Auf alle Fälle haben sie keinesfalls Exekutivbefugnisse, geschweige denn deren Ausbildung und Erfahrung insbesondere im Waffen- und Schusswaffengebrauch!

Wenn die Sicherheitsfirma „Security Service“ jetzt mit schwer bewaffneten Mitarbeitern am Hauptbahnhof ihre Arbeit erledigt, so sehe ich das für das Image der Stadt als sehr bedenklich. Der Sparmarkt ist vom Polizeiwachzimmer in wenigen Sekunden erreichbar. Polizisten/Innen patrouillieren auch ständig im Bereich des Hauptbahnhofes. Bewaffnete Agenten müssen in unserer Stadt in den Händen der Exekutive bleiben!

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dieses ernsthaften Problems anzunehmen und mit den Verantwortlichen der Exekutive eine Lösung zu erarbeiten, wie in Zukunft dieser für die Stadt Graz bedauerliche Missstand zu verhindern und abzustellen wäre?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 3. Juli 2008

Gemeinderat: Christian Sikora

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Sperre Bahnübersetzung Weixelbaumstraße - Gösting

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Eine für die Bewohner der östlich gelegenen Weixelbaumstraße und des Weidweges in Gösting unzumutbare Situation bahnt sich mit dem Vorhaben der ÖBB an, ab 13. August die Bahnübersetzung Weixelbaumstraße für den PKW Verkehr, insbesondere aber auch für den Rad- und Fußverkehr zu sperren.

Die Bahnübersetzung Weixelbaumstraße ist für die vielen BewohnerInnen der östlich gelegenen Einfamilienhäuser entlang der Weixelbaumstraße und des Weidweges die einzige Möglichkeit, ohne große Umwege in den Ortskern nach Gösting zu gelangen. Zahlreiche Geschäfte, eine Sparkasse und vor allem die Volksschule Gösting wären mit der Sperre für die Bewohner nur sehr erschwert erreichbar.

Auch würde das PKW Verkehrsaufkommen in der Anton Kleinoscheg Straße in Richtung Ortskern Gösting von und zur Wiener Straße kommend sehr stark zunehmen, fahren doch die Bewohner dann die großen Umwege mit ihrem PKW und nicht mehr mit dem Fahrrad oder gehen zu Fuß.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, zur Lösung dieses für die Betroffenen außerordentlichen großen Problems, Verhandlungen mit den ÖBB aufzunehmen, um zumindest die wichtige Verbindung für den Geh- und Radverkehr für die dortigen BewohnerInnen zu sichern?



Betr.: GAK-Trainingszentrum Weinzödl
Angebliche Zusagen des Bürgermeisters

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Gerald Haßler
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 3. Juli 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie erinnerlich, wurde vom Gemeinderat der Stadt Graz nach sehr emotional geführten Diskussionen betreffend die Nutzung des GAK-Trainingszentrums Weinzödl von der schwarzgrünen Gemeinderatsmehrheit schlussendlich eine Vereinbarung mit der sogenannten Investorengruppe beschlossen, derzufolge sich die Pachtdauer auf vorerst 15 Jahre beläuft und zudem an die Bedingung geknüpft ist, dass das Trainingszentrum in dieser Zeit von einem Grazer Sportverein genutzt werden muss, der in der 1. bis 3. österreichischen Fußball-Liga tätig ist, also Bundesliga, 1. Division oder Regionalliga. Der Beschluss wurde damals trotz eigener Bedenken innerhalb der schwarzgrünen Koalition durchgezogen – ich erinnere nur an die Aussage von Gemeinderätin Jahn, die wörtlich von einer „schwindligen Lösung“ gesprochen hat.

Wurde schon dieser Beschluss von sehr vielen als Null-Beitrag zur Rettung des GAK bezeichnet, da in dieser Vereinbarung der ehemalige Meisterklub wörtlich nicht mehr vorkommt, ist es umso überraschender, dass nunmehr Investoren-Sprecher Ralph oder nach anderer Lesart Rudolf Schilcher laut Medienberichten urplötzlich behauptet, Sie, Herr Bürgermeister Nagl, hätten mündlich noch viel weitreichendere Zusagen gegenüber der zumindest uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten unbekanntem Investorengruppe getätigt: Nämlich dass die Pachtdauer 25 Jahre betragen könne, zudem wäre auch die Zugehörigkeit des Vereins zu einer der ersten drei Ligen egal. Beides entspricht, wie gesagt, nicht dem Inhalt des vom Gemeinderat beschlossenen Vertrages – und beides widerspricht den zumindest vorgeblichen Intentionen, den GAK zu retten. Auch ist urplötzlich vom grundsätzlichen Recht auf Verbauung eines Trainingsplatzes die Rede, ebenso vom Recht auf Unter- und Weitervermietungen des Trainingszentrums durch die Investorengruppe: Allesamt Indizien dafür, dass es in dieser Angelegenheit nicht um die Chance auf eine Zukunft für den Fußballverein GAK geht, sondern primär um das künftige finanzielle Wohlergehen der Investorengruppe. Oder, um es drastisch zu formulieren: Es liegt der Verdacht nahe, dass hier einige potente Investoren mit einem ursprünglich für die Förderung

des Grazer Jugendsports errichteten Trainingszentrums eine schöne Stange Geld verdienen wollen.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

inwieweit es den Tatsachen entspricht, dass Sie, wie von Investorensprecher Rudolf bzw. Ralph Schilcher behauptet wird, der Investorengruppe über die vom Gemeinderat beschlossene Vereinbarung hinaus eine längere Pachtdauer sowie keine Verknüpfung der Pacht mit der Zugehörigkeit des Vereins zu einer der ersten drei Fußball-Ligen mündlich zugesagt haben, inwieweit bei diesen Gesprächen auch die Rede von einem mehr oder weniger unbeschränkten Recht auf Unter- und Weitervermietung sowie das grundsätzliche Recht auf Verbauung eines Platzes Thema war und, sollten Sie eine oder mehrere dieser Zusagen getätigt haben, auf Basis welcher Entscheidung erfolgten diese Zusagen, sind sie mit dem zuständigen Finanzstadtrat, sind sie mit VertreterInnen anderer Gemeinderatsfraktionen abgesprochen gewesen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 3. Juli 2008

Gemeinderat: Herbert Wippel

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Einhaltung der Geschäftsordnung und des Statuts der Stadt Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Statut der Landeshauptstadt Graz heißt es im zweiten Hauptstück, I. Abschnitt (14) Bezirksrat unter § 13n: „Der Gemeinderat hat eine Geschäftsordnung für Bezirksvorsteher zu erlassen. In dieser Geschäftsordnung sind insbesondere jene Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches zu bezeichnen, in denen den Bezirksvorstehern gemäß § 13l Abs. 3 ein Informations- oder Anhörungsrecht zusteht.“

Der Gemeinderat hat in der Geschäftsordnung unter IV. a Bezirksräteversammlungen § 23 a wie folgt festgehalten: „Zur unmittelbaren Aufklärung bezirksbezogener Fragen des eigenen Wirkungsbereiches hat jedes Mitglied des Stadtsenates bei Bedarf, jedoch mindestens einmal jährlich, eine öffentliche Bezirksräteversammlung einzuberufen...“ Und weiter unter § 23 b (2): „Die Leitung und die administrative Abwicklung der Bezirksräteversammlung obliegt dem Vorstand des BürgerInnenbüros, im Falle seiner Verhinderung einem vom Bürgermeister beauftragten Bediensteten der Stadt Graz.“

Es wurde im Jahr 2004 darüber diskutiert, ob die Form der Bezirksräteversammlung die effizienteste ist, um der Informationspflicht und dem Anhörungsrecht nachzukommen. Nichtsdestotrotz darf das nicht dazu führen, dass die Geschäftsordnung anstatt sie zu ändern, ignoriert wird und somit nicht dem Statut der Landeshauptstadt Graz entsprechend gehandelt wird.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Werden Sie dafür Sorge tragen, dass dem Statut so rasch als möglich wieder entsprochen wird?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 3. Juli 2008

Gemeinderat: Herbert Wippel

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Medienhaus - Projekt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Mediathek ist eine wunderbare Einrichtung der Stadt Graz, die über ein hervorragendes Sortiment mit über 5.000 Videos, beinahe so viele DVDs und über 7.000 Audio-CDs verfügt. Anders als bei vielen Filmverleihanstalten kann man hier viele Qualitätsfilme und Raritäten ausleihen. Mit diesen Voraussetzungen ist die Mediathek ein idealer Ausgangspunkt für Medienprojekte.

Ein Medienprojekt, das schon den Kulturverantwortlichen der Stadt Graz bekannt ist, betrifft ein Medienhaus-Projekt für nicht bis kaum kommerziell nutzbare Medien: Dokumentarfilm, Hörspiel, Audio Feature, Soundscape. Dieses Projekt könnte das Angebot der Mediathek auch logisch und qualitativ erweitern.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die Verantwortlichen Personen und Institutionen darum zu ersuchen, das Medienhaus-Projekt auf seine Umsetzbarkeit überprüfen zu lassen?